

Es braucht alle demokratischen Kräfte in diesem Haus, um die Gesellschaft bei diesen enormen Herausforderungen zusammenzuhalten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte Sie daher einladen: Wenn Sie gute Vorschläge machen, dann werden wir natürlich auch konstruktiv gemeinsam daran arbeiten. Das ist die Herausforderung, vor der wir dann gemeinsam stehen.

Mit der Energiekrise und dem Klimawandel im Nacken sind die Herausforderungen immens. Es ist ein Rennen gegen die Zeit, und das schaffen wir nur mit vereinten Kräften, mit den Kommunen, mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, den Verbänden und der Politik und mit den Menschen in NRW zusammen. Wir brauchen ein Miteinander statt ein Gegenüber. Wir alle tragen Verantwortung. Mit Vertrauen und mit Mut werden wir die Krisen meistern. Schreiben wir Geschichte jetzt für unser NRW, in fünf Jahren und in fünf Jahrzehnten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache beendet und der Tagesordnungspunkt 1 geschlossen.

Wir kommen zu:

2 Familien und Menschen mit geringem Einkommen gezielt entlasten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/615

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen braucht ein Entlastungspaket zur Bewältigung der steigenden Kosten durch Inflation und Energiepreise

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/626

Ich eröffne die Aussprache, die mit Jens Kamieth von der CDU-Fraktion beginnt. – Bitte schön.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gestern und heute sehr viel über die Folgen der Energiekostensteigerung gehört und festgestellt, dass hier vor allen Dingen der Bund gefordert ist.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Die Zukunftscoalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen greift mit dem Antrag dieses wichtige Thema direkt zu Anfang der Legislaturperiode ganz bewusst und gezielt auf, weil es sich um ein relevantes Thema handelt: die Begegnung von Armut und finanziellen Notlagen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in seiner gestrigen Regierungserklärung zutreffend beschrieben: Wir leben in Zeiten größter Herausforderung: die Pandemie, der Angriffskrieg Russlands, die Folgen des Klimawandels, steigende Preisen an den Zapfsäulen, im Supermarkt und bei der Energie. All das belastet die Menschen. Es belastet sie mental, bereitet Sorgen, zunehmend insbesondere finanziell. Für manche geht es um die Frage, wie sie die nächste Rechnung bezahlen sollen. Wenn nicht schon jetzt, dann spätestens, wenn sie die Nebenkostenabrechnung erhalten.

Wir tun gut daran, diese Sorgen sehr ernst zu nehmen, ernst zu nehmen deshalb, weil es um sehr viele und um jeden einzelnen Betroffenen geht, ernst nehmen aber auch, damit das Land und die Gesellschaft zusammenbleiben.

Meine Damen und Herren, Kinder, Familien, Menschen mit geringem Einkommen: CDU und Grüne nehmen gezielt sie in den Blick, die jetzt oder in Zukunft besonders betroffen sind.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Denen ihr die Energieberatung versprecht!)

Deshalb werden wir – erstens – das Thema „Kinderarmut“ gezielt in Angriff nehmen, eine Armutskonferenz ins Leben rufen, bestehende Maßnahmen weiterentwickeln und auch aktivierende Maßnahmen berücksichtigen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was heißt das denn?)

In diesem Zusammenhang wollen wir in einem ersten Schritt Eltern, gerade was die Beiträge, Gebühren in Kitas betrifft, entlasten.

Zweitens wollen wir unsere Beratungsinfrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut stärken. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass die Tafeln ihre immens wichtige Arbeit weiter verrichten können.

Wir werden – drittens – den in der letzten Legislaturperiode begonnenen Weg der Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung fortsetzen und die Strukturen stärken.

Meine Damen und Herren, wir werden zu den relevanten Aspekten auch auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die Menschen Entlastungen erhalten, die jetzt richtig und angemessen sind.

CDU und Grüne setzen mit dem vorliegenden Antrag ein kraftvolles Zeichen: Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt haben für die Zukunftskoalition absolute Priorität.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Insbesondere Familien und Kinder stehen für uns im Mittelpunkt. Ich danke deshalb unserer Familienministerin Josefine Paul und unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst für ihr klares Bekenntnis zu dieser Agenda. Für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist klar: Die Landesregierung und die Zukunftskoalition aus CDU und Grünen stehen fest an ihrer Seite.

Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD möchte ich einladen, sich unserem Antrag anzuschließen und ihm zuzustimmen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da steht doch nichts drin!)

Die Ideen in Ihrem Antrag sind zum Teil nicht neu, zum Teil sind sie bereits in der Planung, und zum Teil sind sie nicht machbar. Ihren Antrag werden wir daher ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Das war der Kollege Jens Kamieth. Wir machen jetzt weiter mit der Kollegin aus der Fraktion der Grünen. Jule Wenzel hat das Wort. – Bitte schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jule Wenzel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ja, die Folgen des Krieges in der Ukraine sind richtig bei uns angekommen, und wir spüren ihre Auswirkungen: Probleme mit den Lieferketten, Nahrungsmittelknappheit in vielen Gegenden der Welt und natürlich die zunehmende dramatische Lage auf dem Gasmarkt.

Bevor ich über die Maßnahmen zur Entlastung der Menschen in Nordrhein-Westfalen spreche, lassen Sie mich eins deutlich machen: Trotz allem ist es richtig, die Ukraine weiter zu unterstützen. Trotz allem ist es richtig, die Sanktionen gegen Russland weiter aufrechtzuerhalten. Die Ukraine verteidigt sich hier gegen einen brutalen Angriffskrieg, und für uns ist klar: Sie muss diesen Kampf gewinnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der Ernst der Lage, in der wir uns gerade befinden, gebietet, dass wir uns verantwortlich für die Menschen in unserem Land zeigen, deren Existenz jetzt in diesem Augenblick und über die nächsten Monate bedroht werden wird, dass wir gezielt diejenigen unter uns entlasten, die jetzt schon wenig haben, die

vom Abstieg bedroht sind oder in Armut leben. Dazu gehört auch, dass wir uns jetzt ernsthaft mit dieser sozialen Krise auseinandersetzen. Was ist jetzt am dringendsten? Wo müssen wir vielleicht über Parteigrenzen hinweg gemeinsam handeln? An wen stellen wir unsere Forderungen sinnvollerweise?

In dieser ganzen Gemengelage ist mir die Presse, mit der die SPD-Fraktion hier ihren Antrag eingebracht hat, doch aufgefallen. Herr Kollege Kutschaty, bei der Pressevorstellung Ihres Antrages in der Rheinischen Post fordern Sie aus Landesmitteln – wohl gemerkt: aus Landesmitteln – eine Anschlussregelung an das Erfolgsmodell des Neun-Euro-Tickets.

Das hat mich irritiert, weil Sie sich schon vor Wochen der Forderung der NRW-Verkehrsministers Oliver Krischer an den Bund hätten anschließen können: ein 29-Euro-Ticket für ganz NRW. Das wäre in der aktuellen Lage hilfreich für die Sache gewesen. Aber so helfen Sie vielleicht Ihren SPD-Kollegen auf der Bundesebene, aber bestimmt nicht den Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das lässt mich auch daran zweifeln, wie ernsthaft Sie es mit dem Rest Ihres Antrages meinen. Dabei ist es schade; denn ich teile Ihre Feststellung, aber nicht Ihre Maßnahmen.

Es muss für uns alle doch klar sein, dass es eine große und vor allen Dingen koordinierte Kraftanstrengung des Bundes und der Länder braucht, um diese soziale Krise, die durch die jetzigen Herausforderungen nicht verursacht, aber massiv verschärft wird, abzufedern. Wir werden uns unterhaken müssen, um unsere Mittel bestmöglich und zielgerichtet einzusetzen.

Wir sind dazu bereit, gemeinsam mit dem Bund und den Ländern alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen. Wir werden hier aber auch nicht in unkoordinierten Alleingängen vorpreschen, nicht einmal dann, wenn das schöne Überschriften in den Zeitungen verspricht.

(Beifall von der CDU)

Doch für dieses Vorgehen drängt die Zeit. Wir müssen handeln. Ja, deshalb fordern wir vom Bund und unterstützen den Bund bei Initiativen zur Kindersicherungsicherung, bei der Einführung von inflationsfesten Regelsätzen in der Grundsicherung für Erwachsene und bei der Absenkung von Mobilitätskosten. Aber wir flankieren auch sinnvoll und schnell im Hier und Jetzt, beispielsweise mit der Landesarmutskonferenz, dem Pakt gegen Kindermut, indem wir Beratungs- und Anlaufstellen, die Menschen, die in Armut leben, unterstützen, mehrsprachig aufstellen.

Ja, das Landeswirtschaftsministerium hat bereits jetzt eine Kampagne zu Energiesparmaßnahmen gestartet, flankiert durch eine Kampagne des Landes-